

Staatsverschuldung in Europa

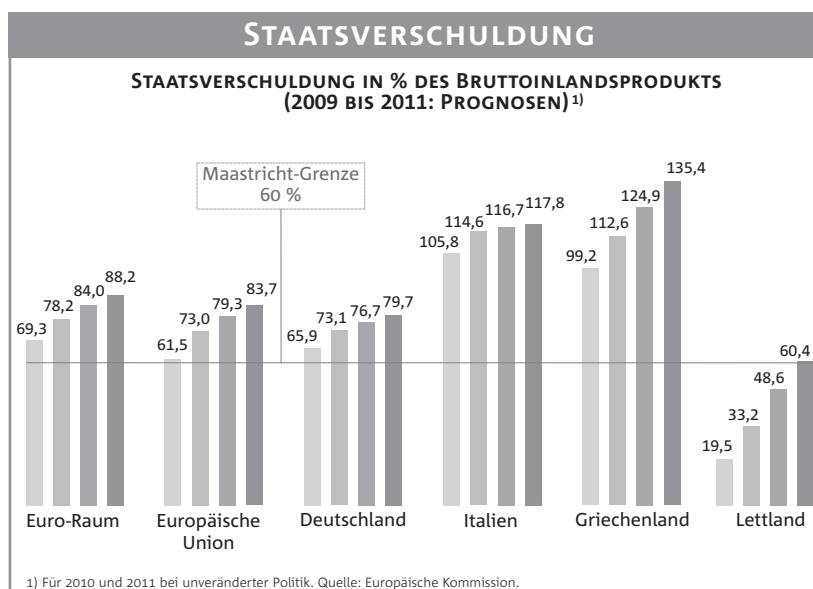
Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Staatsverschuldung in einigen Ländern der Europäischen Union (EU) explosionsartig nach oben geschossen. Besonders eklatant ist die Entwicklung in Irland, wo sich der Schuldenstand zwischen 2007 und 2011 voraussichtlich fast vervierfachen dürfte: von rund 25 auf knapp 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Nicht minder besorgniserregend sieht es in Lettland aus, wo sich eine Verdreifachung abzeichnet (von rund 20 auf rund 60 Prozent), und in Spanien, wo eine Verdopplung (von 36 auf 74 Prozent) prognostiziert wird. In drei Staaten, die alle dem Euro-Raum angehören (Griechenland, Italien, Belgien), wird der Schuldenstand 2010 höher sein als das BIP.

Besonders der Fall Griechenland hat für einigen Ärger in der Europäischen Kommission gesorgt. Nach dem Regierungswechsel im Oktober hatte sich herausgestellt, dass wegen statistischer Fehler das griechische Staatsdefizit mit 12,7 Prozent des BIP in diesem Jahr doppelt so hoch ausfallen wird, wie bisher geschätzt wurde. Dies hat zur Folge, dass für das kommende Jahr eine Staatsver-

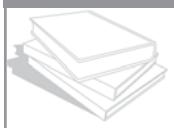
schuldung in Höhe von 125 Prozent und 2011 in Höhe von 135 Prozent des BIP erwartet wird. Griechenland muss seinen Haushalt nun stärker konsolidieren als bislang geplant und eine Reihe von Wirtschaftsreformen anpacken – so die Forderung der Kommission und so auch die Zusage der neuen Regierung.

Derweil hat der Ministerrat Defizitverfahren gegen zwölf Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, eingeleitet bzw. erneuert. Deutschland muss sein Staatsdefizit bis 2013 wieder

unter den Maastrichter Referenzwert von 3 Prozent des BIP bringen. Für 2010 wird mit einem Defizit von knapp 6 Prozent gerechnet. Nach der Kommissionsprognose wird Deutschland aber als eine der ersten Volkswirtschaften wieder aus der Krise herauskommen. Die deutsche Wirtschaft werde demnach 2010 um 1,2 und im Jahr 2011 um 1,7 Prozent wachsen. Damit läge die deutsche Rate 2010 deutlich und 2011 leicht über dem EU-Durchschnitt, den die Kommission auf 0,7 Prozent (2010) und 1,5 Prozent (2011) beziffert. ■



LEKTÜRE-TIPP



Nikolaus Piper: Die Große Rezession, Carl Hanser Verlag, München 2009, 300 Seiten, 19,90 Euro.

Nikolaus Piper, anerkannter Wirtschaftsjournalist und Korrespondent der Süddeutschen Zeitung in den USA, ist tief in die amerikanische Finanz- und Wirtschaftsgeschichte eingestiegen, um so die Ursachen der 2008 ausgebrochenen Krise aufzeigen zu können. Herausgekommen ist ein Buch, das mit dem deutschen Wirtschaftsbuchpreis 2009 ausgezeichnet worden ist. Piper gelingt eine sehr reflektierte Analyse, die besonders durch ihren Kenntnisreichtum überzeugt und viel über die amerikanische Seele verrät. Der Autor hat schon des Öfteren unter Beweis gestellt, dass er für ein breites Publikum verständlich und unterhaltsam zu schreiben versteht. Auch in diesem Buch gelingt ihm das, zumal auch persönliche Schicksale fesselnd beschrieben werden. Insgesamt ein Buch mit nicht rundweg neuen Erkenntnissen, aber mit vielen fundierten Urteilen und einem spannenden Thema. ■

Mehr Geld für EU-Beamte

Die Entscheidung der Europäischen Kommission, die Gehälter der EU-Beamten um 3,7 Prozent anzuheben, ist auf Kritik gestoßen. Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise, die vielerorts zum Verlust von Arbeitsplätzen oder aber zu stagnierenden Gehältern geführt hat, wird in Diplomatenkreisen von einem falschen Signal gesprochen. Die Mitgliedstaaten haben die Erhöhung deshalb erst einmal ausgesetzt. Die Kommission hingegen beruft sich auf ein im Beamtenstatut verankertes Verfahren, das eine jährliche Gehaltsanpassung auf statistischer Grundlage vorsieht. Darin fließt die Entwicklung der Beamtengehälter in acht alten Mitgliedstaaten – darunter Deutschland – ein; ferner die Entwicklung der Lebenshaltungskosten, wobei der normale Warenkorb an die speziellen Bedürfnisse von international tätigen Beschäftigten angepasst ist. Das Beamtenstatut sieht allerdings auch vor, dass im Einzelfall von dieser Formel abgewichen werden kann. Kritiker der Kommissions-Entscheidung sehen diesen Einzelfall als eingetreten an und verweisen darüber hinaus auf das ohnehin hohe Einkommen der EU-Beamten im Vergleich zum Einkommen der Beamten in den Mitgliedstaaten. ■

EU besiegelt Swift-Abkommen

Ende November hat der Ministerrat der Europäischen Union das umstrittene Bankdaten-Abkommen „Swift“ zwischen der EU und den USA gebilligt. Damit können die Vereinigten Staaten auch künftig zur Terrorismusabwehr Auslandsüberweisungen europäischer Bankkunden überwachen – allerdings in geringerem Umfang als bisher und auf der Grundlage schärferer Datenschutzvorkehrungen. Gegenstand des Abkommens sind Daten der Finanzgenossenschaft Swift, über die die Banken ihre internationalen Transaktionen abwickeln. Bislang war es so, dass die amerikanische Regierung die Daten europäischer Kunden von einem Swift-Server abrufen konnte, der in den USA steht. Dies ist zukünftig für die Daten europäischer Kunden nicht mehr möglich, denn von Januar 2010 an speichert Swift die Daten europäischer Kunden nur noch in Europa. Innereuropäische Daten werden dann nicht mehr erfasst, innerdeutsche Überweisungen waren von vornherein ausgenommen. Geregelt werden jetzt Über-

weisungen zwischen Europa auf der einen, Asien, Afrika, Australien und Lateinamerika auf der anderen Seite. Überweisungen zwischen Europa und Amerika wird das amerikanische Finanzministerium weiterhin auf dem Swift-Server in Amerika überwachen.

Umstritten ist das Abkommen nicht nur wegen der datenschutzrechtlichen Komponente, sondern auch wegen der Geschwindigkeit, in der es beschlossen wurde. Denn

dadurch, dass dies noch vor Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages geschah, war die Zustimmung des Europäischen Parlamentes nicht erforderlich. Allerdings einigten sich die Mitgliedstaaten darauf, das Abkommen vom 1. Februar 2010 an nur vorläufig anzuwenden. Die Abgeordneten sollen dann über das Abkommen abstimmen und es ablehnen können. Seine Geltungsdauer wurde außerdem auf neun, statt auf zwölf Monate begrenzt. ■

ZAHLUNGSVERKEHR

DIE ZEHN GRÖSSTEN SWIFT-NUTZER 2008 (IN MIO. TRANSAKTIONEN)

Vereinigte Staaten	664,5
Großbritannien	657,1
Deutschland	326,4
Belgien	266,9
Frankreich	179,8
Schweiz	131,9
Niederlande	130,0
Luxemburg	122,5
Japan	120,9
Italien	113,1

Quelle: Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (Swift).

Bundesländerranking

Seit 2003 wird im Bundesländerranking von WirtschaftsWoche, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und IW Consult die ökonomische Performance der 16 Bundesländer gemessen. Dabei wird unterschieden zwischen einem Niveauranking und einem Dynamikranking. Während das

Niveauranking die absolute Wirtschafts- und Leistungskraft vergleicht, orientiert sich das Dynamikranking anhand von 42 Indikatoren an den Veränderungsraten. Dadurch können in diesem Ranking auch Länder mit einer schwachen Ausgangsposition ganz vorne landen.

Genau dies gelang nun mit Sachsen-Anhalt einem Bundesland, das gemeinhin nicht mit wirtschaftlichem Erfolg assoziiert wird. Und auch die folgenden Ränge 2 bis 6 werden durchgängig von ostdeutschen Bundesländern belegt, während im Vorjahr noch Hamburg auf Platz 1 und Bayern auf Platz 3 lagen. Was Sachsen-Anhalt betrifft, so hat sich dort die Arbeitsproduktivität zwischen 2005 und 2008 um 10,6 Prozent erhöht. Die Industriebasis ist inzwischen weitgehend gefestigt und stützt sich vor allem auf die Bereiche Chemie und Ernährung. Für alle ostdeutschen Bundesländer gilt, dass sie von der Wirtschaftskrise weniger stark betroffen waren als der Westen. Ausschlaggebend hierfür sind eine weniger konjunkturanfällige Exportstruktur und eine insgesamt niedrigere Exportabhängigkeit sowie das spezielle Anpassungs-Know-how, das viele Betriebe durch den erzwungenen Strukturwandel nach der Wende aufgebaut haben. ■

RANKING 2009							
VERÄNDERUNGSRATEN ÖKONOMISCHER KENNZIFFERN (2005-2008)							
Rang		Bundesland	Punkte	Rang ¹⁾			
gesamt	Vorjahr			Arbeitsmarkt	Wohlstand	Standort	Struktur
1	10	Sachsen-Anhalt	59,1	3	1	2	8
2	5	Brandenburg	56,2	2	6	10	3
3	2	Mecklenburg-Vorpommern	55,3	1	12	8	1
4	6	Sachsen	55,0	6	5	9	5
5	11	Thüringen	54,9	5	4	12	6
6	8	Bertin	52,3	4	15	1	2
7	3	Bayern	50,5	9	3	16	9
8	4	Baden-Württemberg	50,2	14	2	4	14
9	16	Bremen	49,6	7	7	14	12
10	13	Niedersachsen	47,4	11	9	15	10
11	7	Hessen	46,6	15	11	11	4
12	12	Rheinland-Pfalz	46,5	12	8	13	13
13	9	Schleswig-Holstein	45,9	10	13	6	11
14	1	Hamburg	45,6	8	16	3	7
15	15	Nordrhein-Westfalen	42,9	13	14	5	15
16	14	Saarland	41,7	16	10	7	16

1) Arbeitsmarkt und Wohlstand sind jeweils mit 25 % gewichtet, Standort mit 20 % und Struktur mit 30 %.
 Quelle: IW Consult.

FINANZMÄRKTE IM BLICK



Der Dubai-Schock

Ende November kam es zu einem Paukenschlag an den internationalen Finanzmärkten: Auslöser war die Nachricht, wonach das Golfemirat Dubai die Gläubiger seiner Holding Dubai World um Zahlungsaufschub gebeten hat. Auch wenn eine solche Nachricht durchaus imstande ist, Märkte und Kurse durcheinanderzuwirbeln, blieb das große Beben aber aus. Im Gegenteil: Die Weltbörsen haben den Dubai-Schock gut verkraftet. Trotz der Belastung vom Persischen Golf hatte der Dax in der Woche nach der Hiobsbotschaft um rund 3 Prozent zulegen können und damit in der europäischen Wochentendenz gelegen. Dabei hat eine wesentliche Rolle gespielt, dass die Zahlungsaussetzung für sich genommen nicht unbedingt dramatisch war, die Schulden Dubais überschaubar sind und die Verflechtung mit den Finanzmärkten in Europa und Amerika nicht allzu groß ist. Und dennoch: Die Märkte sind in der

gegenwärtigen Situation, da in erster Linie die Vitalisierungsmaßnahmen der Notenbanken für einen breiten Kursanstieg seit März gesorgt haben, nicht zuletzt auf das Vertrauen der Anleger angewiesen. Und dies hätte leicht über Bord gespült werden können. So war der Dubai-Schock zumindest ein heilsamer Schuss vor den Bug, der die Anleger wieder auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt hat.

Anfang Dezember dann erfreuten gute Nachrichten aus den Vereinigten Staaten die Anleger. Der überraschende Rückgang der Arbeitslosenquote und eine erhebliche Aufwärtsrevision der Zahl der Beschäftigten haben zu einer positiven Stimmung gegenüber amerikanischen Werten beigetragen. Bislang hatten gerade amerikanische Anleger mit ihren ins Ausland transferierten Geldern in diesem Jahr maßgeblich zur

Hausse an den Aktienbörsen der Schwellenländer beigetragen und heimische Werte eher vermieden. Nun stehen auch die amerikanischen Aktienindizes S&P 500, Dow Jones oder Nasdaq auf Jahreshöchstständen. Ob auch der US-Dollar von dieser Stimmung profitieren können, gilt abzuwarten. Unmittelbar nach Bekanntgabe der Zahlen vom Arbeitsmarkt hat er zunächst an Wert gewinnen können.

Unterdessen hat die Europäische Zentralbank erste vorsichtige Signale für ein Ende ihrer bisherigen Geldpolitik während der Finanzkrise ausgesandt. Von einer abrupten Richtungsänderung kann aber keineswegs die Rede sein: Auch weiterhin werden sich die Banken zu niedrigen Zinsen refinanzieren können, wengleich zukünftig nicht mehr in dem uneingeschränkten Maße wie bislang. ■



IM FOKUS

Ethik und Marktwirtschaft

Ökonomie und Ethik – ein Widerspruch? Der Soziologe Niklas Luhmann äußerte einmal den Verdacht, dass die Wirtschaftsethik wie auch die englische Küche zu jener Sorte von Erscheinungen gehöre, die geheim halten müssen, dass sie gar nicht existieren. Nun mag man tatsächlich darüber streiten, ob Ethik und Wirtschaft sich einander widersprechen oder ein inniges Verhältnis miteinander pflegen. Nicht strittig aber ist, dass die Wirtschaftsethik ein Zweig der Wirtschaftswissenschaften bzw. der Philosophie ist, über den gerade in jüngerer Zeit verstärkt diskutiert wird. Ethik ist die Theorie, die sich damit beschäftigt, was richtig oder falsch, legitim oder illegitim ist. Gegenstand der Wirtschaftsethik ist die Anwendung ethischer Prinzipien auf den Bereich des wirtschaftlichen Handelns.

Auch wenn sie gegenwärtig im Blickpunkt steht, ist die Wirtschaftsethik doch alles andere als ein Modethema. Sie ist im Prinzip so alt wie die Wirtschaftswissenschaften selbst. Schon bei Aristoteles bildeten Ethik, Politik und Ökonomie eine Einheit. Und Adam Smith, der Begründer der modernen Wirtschaftswissenschaften, war nicht nur Ökonom, sondern auch Moralphilosoph. Das Streben nach dem eigenen Nutzen war in seinen Augen immer durch die individuelle Moral und die staatliche Rahmenordnung begrenzt. Der gesamten „politischen Ökonomie“ der Klassiker um Adam Smith, John Stuart Mill und Thomas Robert Malthus lag die Vorstellung zugrunde, dass Wirtschaft in die normative Ordnung der Gesellschaft eingebettet sein muss.

Erst mit der Ablösung der politischen

Ökonomie durch die neoklassische Wirtschaftstheorie zum Ende des 19. Jahrhunderts erfolgte der Schritt zu einer „reinen“ Ökonomik, in der moralische Gesichtspunkte bewusst ausgeklammert waren. Fragen der Menschen- und Umweltgerechtigkeit wurden in die Sphäre einer außerökonomischen Ethik verwiesen. Die so entstandene „Zwei-Welten-Konzeption“ aus wertfreier Wirtschaftstheorie und eben der außerökonomischen Ethik wird heute in Theorie und Praxis aber zunehmend als Problem erkannt. Die Suche nach ethisch verantwortbaren und ökonomisch erfolgreichen Wegen des Wirtschaftens tritt wieder stärker in den Vordergrund.

Wirtschaftsethik und Marktwirtschaft

Während sich die Unternehmensethik dabei als ein Teilaspekt der Wirtschaftsethik mit den ethischen Aspekten der Unternehmensführung befasst, beschäftigt sich die allgemeine Wirtschaftsethik u. a. mit dem Zusammenhang zwischen Ethik und Wirtschaftsordnung. Eine zentrale Frage lautet in diesem Kontext, ob die Marktwirtschaft ethisches Verhalten ermöglicht bzw. fördert oder aber, ob sie moralisch indifferent ist, womöglich gar zu amoralischem Verhalten ermuntert.

Gerade Letzteres wird der marktwirtschaftlichen Ordnung häufig vorgeworfen. Denn Gier, Egoismus und Ellenbogenmentalität werden von manchen Kritikern als Charakteristika der Marktwirtschaft bezeichnet, die durch dieses Wirtschaftsmodell überhaupt erst nach oben gespült würden. Auch der Wettbewerb wird oftmals mit Argwohn betrachtet und wegen seiner vermeintlich zerstörerischen und unsolidarischen Wirkung gegeißelt.

Karl Homann

Eine andere Meinung, die u. a. von dem Wirtschaftsphilosophen Karl Homann vertreten wird, weist in die entgegengesetzte Richtung. Ihr zufolge ist die Marktwirtschaft gerade diejenige Ordnung, die über sittliche Qualität verfügt und mit den Prinzipien der abendländisch-christlichen Ethik-Tradition in voller Übereinstimmung steht. Wie gelangt Homann zu dieser Überzeugung? Warum ist die Marktwirtschaft die geeignete Ordnung, um „Freiheit als Chance zur Selbstverwirklichung aller Einzelnen“ und die „Solidarität aller Menschen“ zu verwirklichen?

Zunächst betont Homann, dass mit der modernen Gesellschaft und mit der Industrialisierung etwas grundlegend Neues entstanden sei. Die überkommene Ethik des Abendlandes, so Homann, war eine Ethik für kleine, überschaubare Gruppen, für eine Gesellschaft, in der es kein nennenswertes Wirtschaftswachstum gab und in der Gewinn- bzw. Vorteilsmaximierung daher als Raffgier gebrandmarkt wurde. Ungleiche Vermögensverhältnisse beruhten in dieser Nullsummengesellschaft in der Regel auf Ausbeutung anderer und nicht auf besserer Ressourcennutzung. Demgegenüber sei die moderne Gesellschaft mit der Marktwirtschaft eine Wachstumsgesellschaft: Durch Gewinnstreben und Kapitalbildung bei den „Reichen“ kann jetzt auch die Lage der „Armen“ verbessert werden.

Regeln sind wichtig

Ist damit schon die Voraussetzung für eine Gesellschaftsform geschaffen, die moralischen Kriterien standhält? Wie lassen sich unter den grundlegend veränderten Bedingungen der Moderne



IM FOKUS

die Freiheit und die Solidarität aller Menschen tatsächlich verwirklichen? Das Grundproblem der Moral in der Marktwirtschaft und gerade im Wettbewerb zwischen Unternehmen besteht nach Homann darin, dass moralisches Verhalten Einzelner von der weniger moralischen Konkurrenz ausgebeutet werden kann, sofern es mit Kostenerhöhungen verbunden ist. Da keine Ethik vom Einzelnen verlangen kann, dass er dauerhaft und systematisch gegen seine Interessen handelt, könne es individuelle Moral nur unter zwei Bedingungen geben: Entweder wird sie durch ein entsprechendes Regelsystem vor Ausbeutung im Wettbewerb geschützt, oder das moralische Verhalten selbst bringt den Akteuren Vorteile im Wettbewerb. Moral wird also durch ein sanktionsbewehrtes System von Regeln ermöglicht, das dafür sorgt, dass derjenige Nachteile zu erwarten hat, der moralische Erwartungen anderer nicht erfüllt; positiv formuliert: dass nur derjenige selbst Vorteile erzielt, der seinen Mitmenschen etwas zu bieten hat, was diese wünschen und für das sie zu zahlen bereit sind.

Die Rahmenordnung

Im Mittelpunkt steht damit eine geeignete Rahmenordnung. Durch diese erst wird die Solidarität aller Menschen in der modernen Marktwirtschaft geleistet, nicht hingegen durch das tugendhafte Handeln der Einzelnen und ihre moralischen, solidarischen Motive. Aufgabe der Rahmenordnung ist es dabei nicht, das Eigeninteresse der Akteure zu bändigen oder gar zu eliminieren, sondern das Eigeninteresse in jene Richtung zu lenken, die auch den Mitmenschen Vorteile bringt. Denn das Eigeninteresse ist der Motor für das Wohlergehen breiter Bevölkerungskreise und hat daher

mindestens als sittlich neutral zu gelten. Unsittlich ist das Vorteilsstreben nur, wenn es auf Kosten anderer geht.

Die individuelle Moral, die Tugend des Einzelnen, solle dadurch aber nicht überflüssig werden. Im Gegenteil: In einer Welt beschränkten Wissens und dynamischer Entwicklung können nicht alle Probleme durch gesetzliche Bestimmungen vorausschauend geregelt werden, sodass hier die individuelle Moral eine unverzichtbare Aufgabe zu übernehmen habe; dies schließt auch die Rolle des Chefs als „Vorbild“ für die Mitarbeiter ein. Aber die Moral der Einzelnen bedarf eben der nachhaltigen Stützung durch die Rahmenordnung, da sie sonst durch weniger moralische Konkurrenten ausgebeutet werden kann.

Und so haben denn auch moralisch empörende Zustände in der Welt ihren Grund nicht im Eigeninteresse, in der Profitgier, im Egoismus (der Unternehmen), sondern in fehlerhaften, defizitären Rahmenordnungen oder im Fehlen von Rahmenordnungen überhaupt. Korrekturen solcher unmoralischen Zustände können nicht über Appelle an die Einzelnen – und Schuldzuweisungen bei Nichtbefolgen – erfolgen, sondern nur durch eine Änderung der Rahmenordnung. Moral muss in und mit der ökonomischen Logik durchgesetzt werden und nicht etwa gegen sie.

Eine moralische Wirtschaftsordnung?

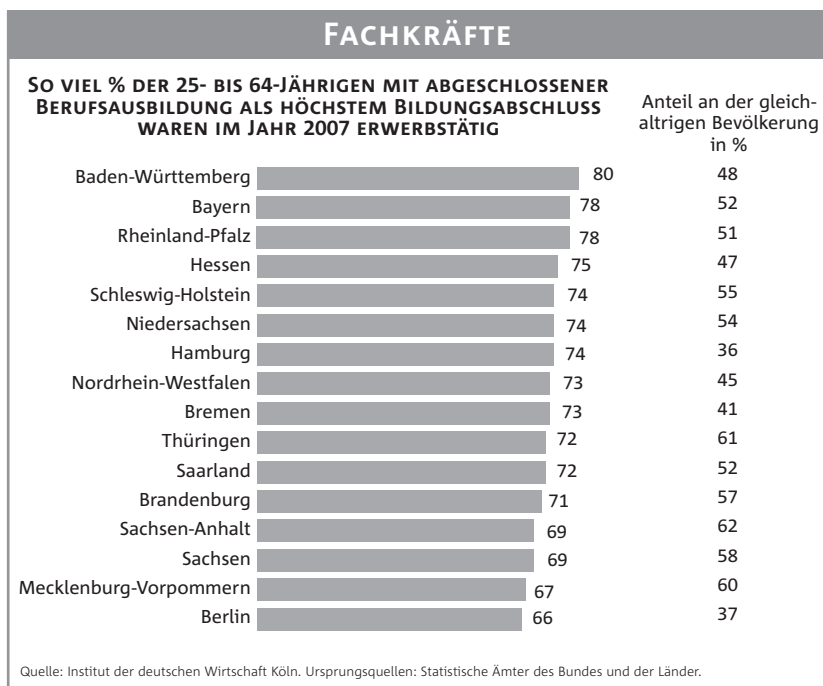
Ist damit der Sachverhalt hinreichend geklärt? Läuft es darauf hinaus, dass der ethische Gehalt der Marktwirtschaft durch eine funktionierende Rahmenordnung gewährleistet ist, eine Rahmenordnung, die der wirtschaftlichen Dynamik Vorschub leistet und damit

wachsenden Wohlstand ermöglicht, von dem alle profitieren? Homann selbst sieht Markt und Wettbewerb nicht als Selbstzweck an. Genauso wie das Privateigentum und das Gewinnstreben finden sie ihre ethische Rechtfertigung allein in den wohltätigen Effekten, die von ihnen auf alle Menschen ausgehen. Auch die Ungleichheit, die im marktwirtschaftlichen System ausdrücklich vorgesehen ist, fände ihre ethische Rechtfertigung in dem Nutzen, den die Allgemeinheit aus der Ungleichheit der Menschen zieht. Ist also doch der sprichwörtliche „Wohlstand für alle“, eine Formel von Ludwig Erhard, der Gradmesser dafür, ob eine marktwirtschaftliche Ordnung als gerecht angesehen werden kann und ethischen Ansprüchen genügt?

Homann verweist auf die Bedingungen moderner anonymer Großgesellschaften mit tiefer Arbeitsteilung, langen Produktionswegen und zunehmender Mobilität der Einzelnen, die sich ohne große Kosten der Kontrolle durch ihre Umwelt entziehen können und in denen die individuelle Moral wirkungslos verpuffen kann. Um ökonomische und ethische Interessen in Einklang zu bringen, um das wirtschaftliche Streben der Einzelnen so zu kanalisieren, dass möglichst viele davon profitieren, ist eine Rahmenordnung unablässig, die nicht nur Wohlstand ermöglicht, sondern auch die individuelle Moral stützt. Die Soziale Marktwirtschaft hat Deutschland in den letzten 60 Jahren tatsächlich zu einem großen Wohlstandssprung verholfen – und sie fußt auf einem funktionierenden Rechtssystem. Haben wir eine moralische Wirtschaftsordnung? Was ist mit der Moral des Einzelnen? Die Diskussion kann beginnen. ■

Fachkräfte in Deutschland

Ungefähr drei Viertel der 25- bis 64-Jährigen mit Berufsausbildung als höchstem Qualifikationsniveau hatten im Jahr 2007 einen Arbeitsplatz. Damit schneidet diese Gruppe naturgemäß besser ab als die Geringqualifizierten, also die 25- bis 64-Jährigen mit Haupt- oder Realschulabschluss als höchstem Zeugnis. In dieser Gruppe hatte nur jeder Zweite einen Job. Umgekehrt standen rund 85 Prozent aller Akademiker in einem Beschäftigungsverhältnis. Was die Verteilung in der Bevölkerung anbelangt, so stellte die Gruppe der Geringqualifizierten in Sachsen nur 4 Prozent, während es im Saarland und Bremen 17 Prozent waren. Der Anteil der Fachkräfte variierte zwischen 36 Prozent in Hamburg und 62 Prozent in Sachsen-Anhalt, während die Akademiker stark in den Stadtstaaten Berlin (26 Prozent) und Hamburg (21 Prozent), weniger stark hingegen in Sachsen-Anhalt (10 Prozent) oder im Saarland (11 Prozent) vertreten waren. ■

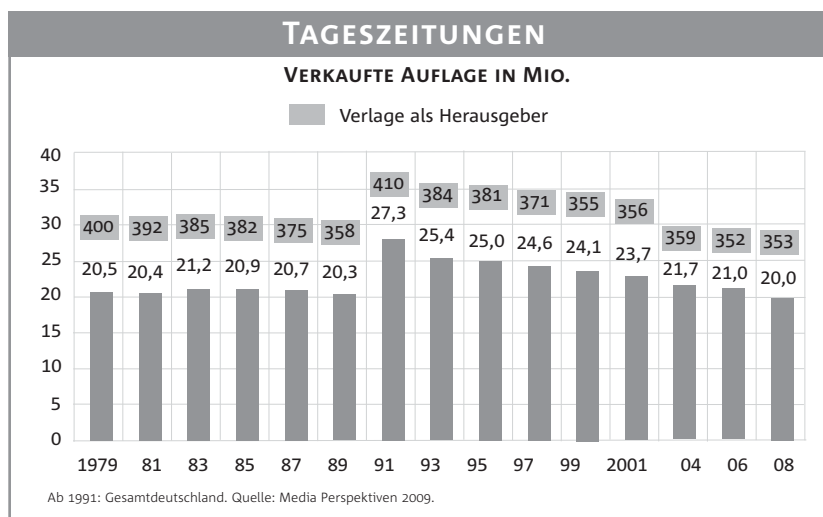


Tageszeitungen: Auflagen sinken

Die Auflage deutscher Tageszeitungen ist stetig im Sinken begriffen: Inzwischen ist sie unter das westdeutsche Niveau vor der Wiedervereinigung gesunken. Während unmittelbar nach der Wende noch mehr als 27 Millionen Zeitungen täglich verkauft worden sind, gingen im Jahre 2008 nur noch 20 Milli-

onen über die Kiosktheke bzw. landeten in den Briefkästen der Abonnenten. Wesentlicher Grund hierfür ist, dass insbesondere junge Leute immer seltener zu einer gedruckten Informationsquelle greifen. Für die Verlage bedeuten schrumpfende Auflagen vor allem weniger Einnahmen durch den Anzei-

genmarkt. Daher können sich besonders Blätter mit kleineren Auflagen nur noch selten eine komplett von der eigenen Redaktion hergestellte Zeitung leisten. Knapp 40 Prozent der Verlage setzen daher auf mehr Kooperation, wobei sich viele Zeitungen ganze Seiten und Rubriken teilen. ■



Impressum

Herausgeber
Bundesverband deutscher Banken, Berlin

Verantwortlich
Inge Niebergall

Redaktion
Dr. Henrik Meyer
Annette Matthies (Assistenz)

Anschrift
Schul|Bank
Postfach 04 03 07 · 10062 Berlin
Telefon (030) 16 63-15 21 · Fax (030) 16 63-15 19

Internet
www.schulbank.de
schulbank@bdb.de